

# MICHAEL SCHRODI

INFO-BRIEF IM JUNI 2024



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.



Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen,

der Europa-Wahlkampf ist auf der Zielgeraden. Wir stehen für ein solidarisches, friedliches und wirtschaftlich starkes Europa. Unsere deutsche Spitzenkandidatin Katarina Barley hat Recht, wenn sie die AfD als

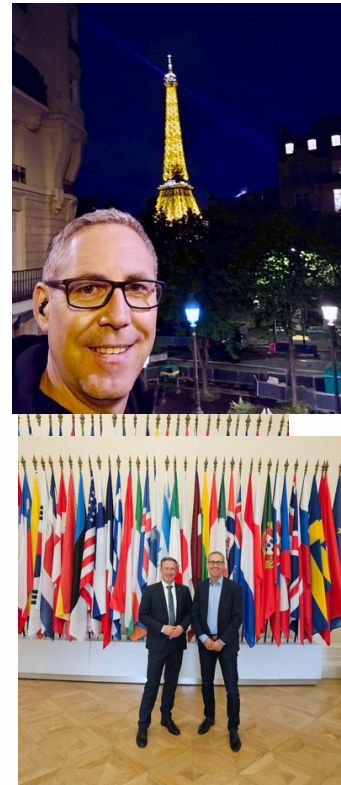
Bedrohung für unseren Wirtschaftsstandort bezeichnet. Und sie hat Recht, wenn sie Frau von der Leyen und Herrn Weber für deren Offenheit gegenüber den Postfaschisten um italienische Ministerpräsidentin Meloni und die französische Rechtsextremistin Le Pen angreift. Jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland ist abhängig von Europa. Es gibt also gute Gründe, im Endspurt noch einmal alles zu geben und die Menschen zu überzeugen: Nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten denken Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit zusammen.

Alle Stimmen  
**SPD!**



# OECD Global Parliamentary Network

Mir persönlich auch die internationale Vernetzung mit anderen Parlamentarier\*innen sehr wichtig. Deshalb bin ich als einer von drei Vertretern aus dem Deutschen Bundestag Anfang April zum OECD-Treffen „Global Parliamentary Network“ nach Paris gereist. Beim „OECD Global Parliamentary Network“ geht es um die Vernetzung und den gemeinsamen Austausch zwischen den Parlamentariern der OECD Mitgliedsländern und Partnerländern sowie weiteren Experten der OECD selbst. Im Vordergrund standen die wirtschaftlichen Entwicklungen der Mitgliedsstaaten, die eingetrübte Weltwirtschaft, Maßnahmen für mehr Wirtschaftswachstum, die Entwicklung der Energiemärkte und die weitere Kooperation mit der Ukraine.



## Meine Arbeit in der Steuerungsgruppe „Zukunftsinvestitionen/Schuldenbremse“

Zentrales Thema im Bundestag ist derzeit die Aufstellung des Bundeshaushalts 2025. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltsführung klafft ein milliardenschweres Loch in den Finanzplänen der Bundesregierung. Gleichzeitig ist für uns in der SPD-Bundestagsfraktion eines klar: Wir wollen und dürfen nicht an der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit sparen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb eine sechsköpfige Steuerungsgruppe **„Zukunftsinvestitionen/Schuldenbremse“** eingesetzt, die Vorschläge für eine solide und nachhaltige Haushaltsfinanzierung erarbeiten soll. Gemeinsam mit den drei Vize-Fraktionsvorsitzenden, dem haushaltspolitischen Sprecher und einer Vertreterin aus dem Parteivorstand werden wir Eckpunkte vorlegen, die einen Vorschlag für die Reform der Schuldenbremse umfassen. Es sollte offensichtlich sein, dass die derzeit bestehende Schuldenbremse schlicht nicht mehr zeitgemäß ist, denn sie bietet viel zu wenig Spielraum für dringend benötigte Zukunftsinvestitionen.

Aber auch ganz aktuell gibt es Forderungen, die Schuldenbremse zu lockern. Aufgrund der – gerade auch bei uns im Wahlkreis – betroffenen Hochwassergeschädigten werden die Rufe nach Unterstützung aus dem Bund laut, wie schon vor drei Jahren im Ahrtal. Diesem Auftrag und der Bitte um finanzielle Unterstützung müssen und wollen wir – natürlich gemeinsam mit dem Freistaat – nachkommen.

# Wie für mehr Wirtschaftswachstum und gut bezahlte Arbeitsplätze sorgen?

In den letzten Wochen gab es zahlreiche Vorschläge aus den Reihen von CDU und FDP, wie die aktuelle Wirtschaftsschwäche überwunden werden kann. Eines haben diese Vorschläge gemeinsam: Sie sind alle nicht wirklich hilfreich, sondern vergrößern nur das Haushaltsloch. Da sich auch der Bundesfinanzminister an dieser Debatte beteiligt hat und seine Pläne ein zusätzliches Minus von gut 30 Milliarden Euro bedeuten würden, habe ich als finanzpolitischer Sprecher u.a. in der Süddeutschen Zeitung darauf geantwortet: [Hier der Link dazu.](#)

Wie sich die SPD steuerpolitische Wachstumsimpulse vorstellt, habe ich in einem [Gastbeitrag](#) in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aufgeschrieben. Leider liegt auch dieser Artikel hinter der Bezahlschranke. Für diejenigen unter euch, die ihn aber lesen möchte, habe ich ihn unten an den Newsletter angehängt.

Zu den neuesten Plänen von Lindner Steuern zu senken und meiner Meinung dazu, gab es heute - am 6.6.24 - ein [Interview im Deutschlandfunk](#)



Im April war ich auch zu Gast beim Tax Forum des [@der\\_bdi](#) . Die großen Herausforderungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind der Fachkräftemangel, der bestehende Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur und fehlende Fortschritte bei der Digitalisierung. Ich habe deutlich gemacht, dass auch deswegen die aktuelle Haushaltlage keine Spielräume für pauschale Steuersenkungen, die mit der Gießkanne verteilt werden, zulässt. Steuersenkungen für die Wirtschaft, die gezielt Investitionen anreizen, so wie im Wachstumschancengesetz verabschiedet, können hingegen zielgenaue Instrumente sein.

# Das Rentenpaket II

Das Bundeskabinett hat das Rentenniveaustabilisierung- und Generationenkapitalgesetz, das sogenannte Rentenpaket II beschlossen. Damit setzen wir eines der zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrags um und lösen ein Grundversprechen unserer Gesellschaft ein: Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, soll auch im Alter gut abgesichert sein.

Das Rentenpaket II sorgt dafür, dass man sich auch in Zukunft auf den Sozialstaat verlassen kann - mit einer Rente, die einerseits mit der Lohnentwicklung Schritt hält, andererseits dank des neuen Generationenkapitals aber auch finanziell besser aufgestellt ist. So investieren wir in die soziale Sicherheit von morgen.

Gleichzeitig lösen wir auch ein zweites gesellschaftliches Versprechen ein: Wer arbeitet, hat immer mehr. Ob am Ende des Monats auf dem Gehaltszettel oder im Ruhestand: Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit gilt. Denn für die meisten Menschen in Deutschland ist die gesetzliche Rente die wichtigste Einkommensquelle im Alter. Ob in der Pflege, im Handwerk oder im Einzelhandel - in nahe allen Branchen sind Beschäftigte auf sie angewiesen.

Mit dem Rentenpaket II wird nun festgelegt, dass bis zum Jahr 2039 das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken darf. Das stellen wir bei der jährlichen Rentenanpassung sicher. Aber auch danach soll diese Haltelinie gelten.

Was abstrakt klingt, macht gerade für die Menschen einen Unterschied, die heute arbeiten: Eine Krankenpflegerin mit 3100 Euro Verdienst zum Beispiel, die 2040 nach 45 Arbeitsjahren im Altern von 65 Jahren in Rente geht, hat mit dem Rentenpaket II rund 1.100 Euro mehr pro Jahr als ohne die Reform. Das zeigt, dass gerade auch die heute jüngeren Generationen vom Rentenpaket II profitieren werden.

Dennoch ist uns bewusst, dass uns die Demografie vor finanzielle Herausforderungen bei der Alterssicherung stellt. Genau deswegen arbeiten wir weiterhin daran, dass mehr Menschen in Arbeit kommen und bleiben, denn das wirksamste Mittel für eine stabile Rente ist ein starker Arbeitsmarkt. Es gilt daher, weitere Fachkräftepotenziale im Inland, aber auch im Ausland, zu heben.

Gleichzeitig stellen wir die Finanzierung der Rentenversicherung breiter auf. Hierfür bauen wir mit dem Generationenkapital eine Kapitalanlage für die Rentenversicherung auf und schaffen damit einen neuen zusätzlichen Finanzierungsbaustein.

Das Rentenpaket II stärkt die Rente damit von zwei Seiten: Erstens sorgen wir mit der Haltelinie dafür, dass das Rentenniveau stabil bleibt. Zweitens schaffen wir mit dem Generationenkapital ein neues finanzielles Standbein für die gesetzliche Rente. Damit stellen wir sicher, dass auch die heutigen und künftigen Erwerbstätigen einen Anspruch auf eine auskömmliche Rente erwerben und mildern zugleich die damit verbundenen künftigen Beitragszahlungen ab.

Eine ausführliche Kompakt Info der Bundestagsfraktion findet ihr am Ende.



## Im Wahlkreis



Infostände in Eichenau und Dachau: Danke an die GenossInnen die mich bei Kälte, Regen und Wind dort unterstützt haben.



So wechselhaft das Wetter in diesem Frühjahr auch war, so standhaft haben wir im Wahlkreis unsere Außen-Termine wahrgenommen. Mitte April hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Aktionswoche organisiert unter dem Motto „**Das Leben leichter machen – was braucht es dafür?**“ In **Eichenau** und in **Dachau** sprach ich mit Bürgerinnen und Bürgern über Themen wie soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, den Ausbau Erneuerbarer Energien und vieles mehr. Diese Termine boten auch eine gute Gelegenheit, eine wichtige Botschaft zu verbreiten: Deutschland ist nicht der kranke Mann Europas – ein Narrativ, das von Konservativen und Liberalen genutzt wird, um ihre Steuersenkungsagenda für Konzerne und Sozialstaatsabbau zu fordern. Auch im Energiebereich will beispielsweise Bayerns Ministerpräsident Markus Söder das Rad der Zeit zurückdrehen und hatte hierzu nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke dunkle Zeiten und Energieknappheit heraufbeschworen, – natürlich ist nichts davon eingetreten. Es ist mittlerweile zu einer traurigen Routine geworden, Desinformationen vor allem in und aus Bayern zu korrigieren.

## Gesine Schwan in Biburg



Den 75. Geburtstag des Grundgesetzes konnten wir im Landkreis Fürstfeldbruck mit einem ganz besonderen Gast feiern. Niemand Geringeres als Gesine Schwan war gekommen, um mit uns zum Thema „Wie steht es um unsere Demokratie heute?“ zu diskutieren.

Trotz ihrer 81 Jahre ist Gesine eine politische leidenschaftliche und klar formulierende Genossin! Man fühlte sich fast wie im Hörsaal bei einer ihrer Vorlesungen. Die SZ hat einen ausführlichen Artikel zu der Veranstaltung verfasst. Allerdings hinter der Bezahlschranke. [75 Jahre Grundgesetz: Eine Verfassung für das Gemeinwohl - Fürstfeldbruck - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

Gerne schickt mein Büro Dir den Bericht zu. Bitte einfach eine E-Mail schreiben an [michael.schrodi.wk@bundestag.de](mailto:michael.schrodi.wk@bundestag.de)

Und hier der Artikel im Tagblatt:

[Gesine Schwan diskutiert in Biburg mit Bundestagsabgeordnetem \(merkur.de\)](#)





Am 9. Juni  
alle Stimmen  
**SPD!**

Weitere Gäste im Europawahlkampf waren in Dachau die bayerische SPD-Spitzenkandidatin Maria Noichl – hier der Link zur SZ [EU-Wahlkampf in Dachau: Maria Noichl wirbt begeistert für den Staatenbund - Dachau - SZ.de](https://www.sueddeutsche.de) (sueddeutsche.de) - und der Vizepräsident des Bayerischen Landtags Markus Rinderspacher – Link zur PM hier [Markus Rinderspacher in Erdweg - SPD im Landkreis Dachau \(spd-kreis-dachau.de\)](https://www.spd-kreis-dachau.de).

Die SPD in den Landkreisen Fürstentfeldbruck und Dachau trauert um

## Uta Titze-Stecher

Uta trat 1971 in die SPD ein, war Juso-Vorsitzende und übernahm anschließend verschiedene Funktionen im damaligen Unterbezirk Amper-Lech sowie im Bezirks- und Landesvorstand der BayernSPD. Nach ihren Jahren als Gemeinderätin in Karlsfeld zog sie nach Eichenau und vertrat von 1990 bis 2002 den Wahlkreis Fürstentfeldbruck/Dachau im Deutschen Bundestag.

Wir verlieren eine engagierte, couragierte Politikerin, eine Demokratin mit klarer Haltung und sozialdemokratischer Überzeugung.  
Wir werden Uta ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere Gedanken sind bei ihrer Familie.

Michael Schrodi, Bundestagsabgeordneter  
Sonja Scherzinger & Daniel Liebethuth, Vorsitzende SPD Landkreis Fürstentfeldbruck  
Arlette Amend & Max Eckardt, Vorsitzende SPD Landkreis Dachau  
Gertrud Merkert, Vorsitzende SPD Ortsverein Eichenau

Mitte Mai erreichte uns eine überaus traurige Nachricht: Uta Titze-Stecher ist gestorben. Uta war eine couragierte Politikerin, stets mit klarer Haltung und Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Mir als 1995 neu eingetretenem Jungsozialisten begegnete sie von Beginn an auf Augenhöhe und immer bereit, uns Jusos zu unterstützen. Es ist eine große Ehre, als Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis ihr Nachfolger zu sein.

Hier die gemeinsame [Erklärung](#) von der Eichenauer SPD, der SPD aus den Landkreisen Fürstentfeldbruck und Dachau und mir.



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.



## FC Bundestag bei der Parlamentarischen EM in der Schweiz

Im Berliner Polit-Alltag muss man so manche schmerzhaft Erfahrung verdauen, einen ganz anderen Schmerz musste ich kürzlich in Bern aushalten. Einen, den ich von früher kenne, aus meiner aktiven Fußballzeit. Mit der Mannschaft des FC Bundestag nahm ich am internationalen Parlamentarier-Turnier teil mit Spielen gegen die Schweiz, Österreich und Finnland. Und wie in alten Zeiten war ich nur durch Fouls zu stoppen ... Leider sprangen neben zahlreichen Schürfwunden auf dem Kunstrasen nur zwei Unentschieden und eine Niederlage heraus, ein neues Wunder von Bern blieb aus, aber Spaß gemacht hat es trotzdem. Der Fürstenfeldbrucker SZ hatte ich vorab ein kurzes Interview gegeben, das leider wieder hinter der Bezahlschranke liegt. Bei Bedarf also gerne bei mir melden.

[Interview SZ zur Parlamentarischen EM](#)

Noch im März hat übrigens der FC Bundestag AfD-Abgeordnete ausgeschlossen. Es wäre ein fatales Signal, mit möglicherweise ausländerfeindlichen Fußballern zum Beispiel gegen die Parlamentsmannschaft eines anderen Landes anzutreten.

Eine kleine  
Bildergalerie



# TERMINE



**Sonntag, 9. Juni 2024 von 8 bis 18 Uhr, überall!**

-----  
EUROPAWAHL

**Samstag, 29. Juni 2024, 10 Uhr,  
Gasthof Groß, Mühlstraße 2, Bergkirchen**

-----  
Bundeswahlkreis-Konferenz mit Vorstandswahlen

**Freitag, 19.7.2024, genaue Uhrzeit und Ort wird rechtzeitig bekanntgegeben**

-----  
Veranstaltung mit Norbert Walter-Borjans

**Samstag, 20. Juli 2024, 10 Uhr  
Olchinger Braumanufaktur, Gut Graßlfing 1, Olching**

-----  
Nominierungskonferenz

**Freitag, 26. Juli in der Mittagszeit - genaue Uhrzeit wird noch bekanntgegeben**

-----  
Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion in Dachau am Bahnhof

**Freitag, 26. Juli am Nachmittag - genaue Uhrzeit wird noch bekanntgegeben**

-----  
Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion in Olching Nähe Bahnhof

Liebe Genossinnen und Genossen,

Deutschlandweit nahmen vergangene Woche fast 60 000 junge Menschen an einer U18-Europawahl statt. Das Ergebnis: Im Bundesdurchschnitt erreichte die SPD 19,7 Prozent der Stimmen – und damit die meisten. In Bayern schnitt die SPD mit 13,5 Prozent ab – hinter der CSU (22,7 Prozent), aber vor den Grünen und der AfD, die gleichauf liegen (12,27 Prozent). Junge Menschen geben uns Politikerinnen und Politikern den Auftrag, ihre Zukunft zu gestalten. Und mit ihrem Kreuz - am Sonntag bei der Europawahl, bei der zum ersten Mal auch Jugendliche ab 16 Jahren wählen dürfen - geben sie an, welche Partei sie für geeignet halten, dies umzusetzen. Ich bin mir der Aufgabe bewusst.

Freundschaftliche Grüße,

Michael Schrodi, MdB, Wahlkreisbüro, Ilzweg 1, 82140 Olching,  
Telefon: 08142 5010589 Mail: michael.schrodi.wk@bundestag.de



**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

## Gezielte Wachstumsstärkung statt Steuersatzsenkung

Auf dem World Economic Forum in Davos hat der Bundesfinanzminister zu Recht der falschen Erzählung von Deutschland als krankem Mann Europas widersprochen und das Bild vom müden Mann mit Kaffee bemüht. Das aktuell geringe Wachstum der deutschen Wirtschaft hat nun den Ruf nach einer Senkung der Unternehmenssteuern verstärkt. Es stellt sich jedoch die Frage nach den tatsächlichen strukturellen Hemmnissen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und nach einer effizienten Strategie zu ihrer Beseitigung.

Gemäß den gebräuchlichen internationalen Standortindizes, etwa dem Global Competitiveness Report des World Economic Forum in Davos, ist Deutschland trotz hoher Unternehmenssteuersätze weiterhin einer der attraktivsten Unternehmensstandorte. Eine aktuelle Analyse des IWF stellt zwar ein derzeit schwaches deutsches Wachstum fest, sieht dafür aber keine steuerlichen Ursachen. Ökonomische Studien und Unternehmensbefragungen zeigen, dass die Höhe der Unternehmenssteuerbelastung für die Wahl des Standorts von Unternehmen wenig bedeutsam ist. Andere Standortfaktoren, vor allem Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationstechnologien, Humankapital und Infrastruktur, kommen eine höhere Bedeutung zu. Für Deutschland weisen IWF und OECD mehrere strukturelle Defizite auf: Die größten Herausforderungen habe Deutschland mit einer zu geringen Erwerbsbeteiligung von Frauen, seit Jahren unzureichenden Investitionen in die Infrastruktur und einem Rückstand bei der Digitalisierung staatlicher Leistungen.

Um im Bild des Bundesfinanzministers zu bleiben: Der Kaffee für Deutschland sollte ein Espresso mit ordentlich Koffein sein. Eine Debatte über die Position Deutschlands in einem rein steuerlichen Standortwettbewerb entspricht da eher einem koffeinfreien Malzkaffee und nicht den Empfehlungen der Experten von IWF, OECD oder deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten.

Die Steuerpolitik muss sich statt auf die Senkung von Steuersätzen auf den gezielten Abbau der beschriebenen Hemmnisse konzentrieren. Für die Stärkung der Unternehmen in Deutschland heißt das: Förderung von öffentlichen und privaten Investitionen und Innovationen, um die vorhandenen Defizite bei den nicht steuerlichen Standortfaktoren auszugleichen.

Eine jüngst veröffentlichte Analyse des ZEW bestätigt, dass allgemeine Steuersatzsenkungen nur einen moderaten Einfluss auf die Investitionstätigkeit von Unternehmen haben. Die freien Mittel können beispielsweise auch für Aktienrückkäufe oder höhere Dividendenausschüttungen an die Aktionäre genutzt werden. Steuersenkungen sind außerdem teuer: Rechnet man die immer wieder geforderte Absenkung der Körperschaftsteuer um 5 Prozentpunkte und die Abschaffung des Rest-Soli zusammen summieren sich die jährlichen Steuerausfälle auf fast 30 Milliarden Euro. Mit einer seriösen Finanzpolitik ist das nicht in Einklang zu bringen.

Eine weitaus höhere Wirkung haben hingegen gezielte Anreize wie Abschreibungsvergünstigungen oder Investitionsprämien. Besonders große Effekte haben temporäre Sonderabschreibungen, da eine Verminderung der Steuerlast nur entsteht, wenn tatsächlich Investitionen zeitnah getätigt werden.

Richtig ist: Abschreibungen bedeuten nur eine Stundung von Steueransprüchen. Dennoch haben sie nachgewiesene positive Wirkungen und führen gleichzeitig zu einer geringeren Kostenbelastung für die öffentlichen Haushalte - es bleiben somit größere Spielräume für die dringend benötigten staatlichen Investitionen erhalten.

Die Ampelkoalition setzt deshalb für eine Stärkung unserer Wirtschaft und der dortigen Arbeitsplätze auf gezielte Investitionsanreize, wie sie bereits im Wachstumschancengesetz umgesetzt werden: befristete degressive Abschreibungen für bewegliche Wirtschaftsgüter und für den Wohnungsbau, Ausweitung der bestehenden Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau wie auch für kleine und mittlere Unternehmen.

Auch die mehrfache Verbesserung der Verlustverrechnung in dieser Legislaturperiode hat die Effektivität von Abschreibungsvergünstigungen gesteigert, denn so können auch Unternehmen, unabhängig davon, ob sie Gewinnen oder Verluste machen, dieses Instrument nutzen.

Als Fortschrittskoalition wollten die Regierungsfractionen auch ein innovatives Instrument der Investitions- und Innovationsförderung ausbauen: sog. Tax-Credits. Von solchen Steuergutschriften können Unternehmen ebenfalls unabhängig von ihrer Ertragslage profitieren, wenn sie entsprechende Investitionen vornehmen. Bei der bereits bestehenden Forschungszulage ist dies gelungen. Sie wird deutlich erhöht und ihr Anwendungsbereich über Personalkosten auf Sachkosten ausgeweitet. Neu sollte eine Investitionsprämie für Investitionen in Energieeffizienz und den Klimaschutz sein, die bereits Bestandteil eines Energieaudits sind. Am Ende scheiterte die Investitionsprämie aus fiskalischen Gründen und wegen des befürchteten Verwaltungsaufwands an den Ländern.

In der aktuellen Debatte sind bisher Empfehlungen von IWF und OECD ignoriert worden, wie die strukturellen Defizite auch mit Reformen im Steuerrecht bewältigt werden können. Wer mehr Fachkräfte will, muss die niedrige Erwerbsquote von Frauen steigern und deshalb die Schlechterstellung von Zweitverdienern bei der Einkommensbesteuerung abbauen. Wer den öffentlichen Investitionsstau verringern, wer bessere Schulen, günstigere Energie und eine zuverlässige Bahn will, der muss die milliarden schwere Finanzierung sicherstellen. Auch hier sind die Empfehlungen klar: Reform der Schuldenbremse und eine angemessenere Besteuerung höchster Vermögen. Und wer weniger Bürokratie will, der muss sich endlich auf den entschiedenen Weg zur Digitalisierung der Finanzverwaltung machen.

Das Steuerrecht kann seinen Beitrag leisten für mehr Investitionen in eine starke Wirtschaft im Wandel. Gezielte Anreize wie Steuergutschriften statt Unternehmenssteuerentlastungen mit der Gießkanne sind hier das Gebot der Stunde. Dies gilt umso mehr, wenn die öffentlichen Haushalte unter Konsolidierungsdruck stehen.

**Michael Schrodi, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

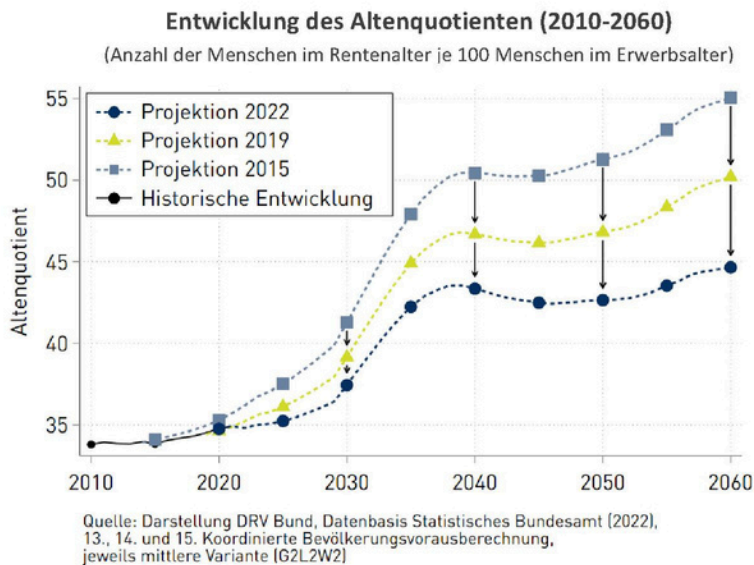
# Rentenpolitik der Ampel

## Auf einen Blick:

- Eine auskömmliche Rente sichert nicht nur einen angemessenen Lebensstandard im Ruhestand, sie ist auch Ausdruck von Wertschätzung und Respekt vor der Lebensleistung.
- Wir wollen die gesetzliche Rente als wesentlichen Baustein der Alterssicherung langfristig stabilisieren. Sie ist besonders für Menschen wichtig, die lange und hart gearbeitet haben. Der demografische Wandel stellt das Rentensystem bald vor Herausforderungen.
- Um das Rentensystem zukunftsfest zu machen, ist es wichtig, dass möglichst viele Menschen in Beschäftigung sind. Dazu sind mehrere Aspekte notwendig: mehr Aus- und Weiterbildung, eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, gesundes Arbeiten von Älteren bis zum Ruhestand, ein inklusiver Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen, die Integration Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt und Fachkräfte aus dem Ausland.
- Um die Rente für kommende Generationen stabil zu halten, sichern wir das Rentenniveau von mindestens 48 Prozent langfristig. Zugleich steigen die Rentenbeiträge in dieser Legislaturperiode nicht über 20 Prozent. Ab Juli 2024 erhalten Erwerbsgeminderte im Bestand höhere Bezüge.
- Zudem schaffen wir ein Generationenkapital in Form eines zusätzlichen kollektiven Kapitalstocks, das einen Beitrag zur dauerhaften Finanzierung eines stabilen Rentenniveaus leistet und dabei helfen soll, Beitragssatzanstiege in Zukunft zu dämpfen. Für das Generationenkapital stellt der Bund für 2024 erstmalig 12 Milliarden Euro als schuldenregelneutrales Darlehen zur Verfügung.

## Warum brauchen wir Reformen bei der gesetzlichen Rente?

Die gesetzliche Rente wird überwiegend über das Umlageverfahren finanziert. Das bedeutet, dass vor allem die Beitragszahlenden die laufenden Rentenzahlungen finanzieren. Gleichzeitig erwerben sie selbst Rentenansprüche, die dann wiederum die nachfolgenden Generationen finanzieren. Die allermeisten Arbeitnehmer:innen sind gesetzlich rentenversichert (über 32 von insgesamt 40 Millionen Arbeitnehmer:innen). Für rund zwei Drittel der über 65-Jährigen ist die gesetzliche Rente die wichtigste Einkommensquelle im Alter. In naher Zukunft gehen die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er („Babyboomer“) in den Ruhestand. Der Renteneintritt der Babyboomer wird eine demografische Herausforderung für das Rentensystem.



Der Altenquotient (vgl. Grafik links) wird gemäß der aktuellen Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes ansteigen, jedoch wird dieser Anstieg geringer sein als es auf Grundlage älterer Projektionen zu erwarten war. Der Altenquotient bildet die Alterung der Gesellschaft ab, indem er angibt, wie viele Personen im Rentenalter auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen. 2020 kamen rund 35 Menschen im Rentenalter auf 100 Menschen im Erwerbsalter. Gehen nun die Babyboomer in Rente, steigt diese An-

Quelle: Deutsche Rentenversicherung, 2023

zahl. Nach der mittleren Variante der aktuellen Vorausberechnung stehen in 2040 rund 43 Menschen im Rentenalter 100 Menschen im Erwerbsalter gegenüber. Im Jahr 2015 sahen die Projektionen noch voraus, dass 2040 rund 50 Menschen im Rentenalter 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen. Das zeigt also, dass die aktuelle Vorausberechnung von einem geringeren Anstieg des Altenquotienten ausgeht und sich der Alterungsprozess abgeschwächt hat. Ursächlich dafür sind vor allem eine geringere Zunahme der Lebenserwartung und eine höhere Zuwanderung. Das bedeutet also: Unsere Gesellschaft wird voraussichtlich deutlich altern und die demografische Belastung wird bis 2040 zunehmen. Jedoch lassen die aktuellen Vorausberechnungen den Schluss zu, dass diese Belastung weniger stark ausfällt, als angenommen.

### Was braucht es nun, um die Rente stabil und zukunftsfest zu machen?

Um die gesetzliche Rentenversicherung langfristig zu stabilisieren, ist ein Mix von Maßnahmen notwendig. Neben der politischen Entscheidung das Rentenniveau langfristig zu sichern, ist es besonders wichtig, dass möglichst viele Menschen im erwerbsfähigen Alter in Arbeit sind. Daher sind Fachkräftesicherung und Arbeitsmarktpolitik auch immer Rentenpolitik. Denn: Je mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mit guten Löhnen, die die Rente mit ihren Beiträgen finanzieren, desto stabiler und sicherer ist die Rente. Um das zu erreichen, braucht es

- ✓ eine **Stärkung der Tarifbindung** für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen
- ✓ eine bessere Unterstützung von **Aus- und Weiterbildung**, damit mehr junge Menschen erfolgreich ins Berufsleben starten, Beschäftigte mit dem Wandel in der Arbeitswelt Schritt halten können, Hilfs- zu Fachkräften qualifiziert werden können und Langzeitarbeitslose eine neue Perspektive bekommen,
- ✓ eine **höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen** durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gerechtere Verteilung von Sorgearbeit, mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen und mehr Unterstützung für pflegende Angehörige,
- ✓ mehr **ältere Menschen in Arbeit** durch gesundes und zufriedenes Arbeiten bis in den Ruhestand, denn ihre Erfahrung und Verlässlichkeit wird in vielen Branchen geschätzt und benötigt,
- ✓ einen **inklusiveren Arbeitsmarkt**, damit Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und gleichberechtigt am Arbeitsleben teilhaben können, sowie
- ✓ eine erfolgreiche **Integration von Geflüchteten** in den Arbeitsmarkt
- ✓ mehr **Fachkräfte aus dem Ausland**, damit der Fachkräftemangel nicht zur Wachstumsbremse wird.

Denn entscheidend ist am Ende immer der Zusammenhang: gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente.

### Welche Vorhaben haben sich bisher bewährt?

Das gesetzliche Renteneintrittsalter, das bis 2031 auf 67 Jahre ansteigt, wollen wir beibehalten. Eine Erhöhung darüber hinaus lehnen wir ab. Eine Erhöhung darüber hinaus lehnen wir ab. Das wäre lebensfremd und würde für viele Menschen, die in diesem Alter nicht mehr arbeiten können, de facto eine Rentenkürzung bedeuten.

Richtig ist, das tatsächliche an das gesetzliche Renteneintrittsalter anzunähern, denn dies trägt zu einer stabilen Rente bei. Wir sind bereits auf dem richtigen Weg: 2022 waren 63 Prozent der Menschen zwischen 60 und 64 Jahren in Beschäftigung (vgl. Grafik rechts). 2000 waren es nur rund 20 Prozent. Wenn wir es schaffen, diese Quote auf 70 Prozent zu steigern, gäbe es bis



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2024

2030 700.000 Fachkräfte und damit Beitragszahler:innen mehr – und je mehr Beitragszahler:innen, desto besser für eine stabile gesetzliche Rente.

Die sogenannte „Rente ab 63“ (Rente für „besonders langjährig Versicherte“) bleibt richtig. Menschen, die 45 Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt haben, sollen weiterhin abschlagsfrei in Rente gehen können. Dabei handelt es sich oft um Menschen, die mit 16 oder 17 Jahren ihre Ausbildung in oft körperlich fordernden Berufen angefangen haben. Die Rente für „besonders langjährig Versicherte“ gab es bereits vor 2014. Schon bei Einführung der „Rente mit 67“ galt: Wer 45 Beitragsjahre hat, kann mit 65 abschlagsfrei in Rente gehen. Diese Altersgrenze für „besonders langjährig Versicherte“ haben wir dann 2014 auf 63 Jahre gesenkt. Sie steigt aber – genau wie auch die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ansteigt – wieder auf 65 Jahre an.

Außerdem haben wir bereits flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglicht. Diejenigen, die in vorgezogenen Ruhestand gehen und damit oft Abschläge in Kauf nehmen, haben seit dem 1. Januar 2023 keine Hinzuverdienstgrenzen mehr.

### Was haben wir in der Rentenpolitik umgesetzt?

➤ **Wir haben für kräftige Rentenerhöhungen gesorgt.**

Wir sorgen dafür, dass die Altersbezüge Schritt halten mit der Lohnentwicklung und den Preissteigerungen. 2022 gab es ein kräftiges Rentenplus: 5,35 Prozent im Westen, das größte Plus seit 40 Jahren, und 6,12 Prozent im Osten. Ein Jahr später stieg die Rente im Westen um 4,39 Prozent und im Osten sogar um 5,86 Prozent.

➤ **Mit der Rentenangleichung zwischen Ost und West schaffen wir Gerechtigkeit.**

Ein Jahr früher als geplant, nämlich im Juli 2023, haben wir den Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen. Das heißt: Ein:e Rentner:in im Osten erhält bei gleicher Erwerbsbiografie nun die gleiche Rente wie im Westen. Der Rentenwert beträgt nun 37,60 Euro in ganz Deutschland. Multipliziert mit den gesammelten Rentenpunkten (und anderen Faktoren) ergibt dieser Wert die Rente.

➤ **Wir haben Rentner:innen mit einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro entlastet.**

Angesichts der gestiegenen Energiepreise haben wir uns für eine Einmalzahlung für Rentner:innen in Höhe von 300 Euro stark gemacht, die bis Ende 2022 ausgezahlt wurde. Der Betrag ist steuer-, nicht aber sozialversicherungspflichtig. Auch Versorgungsbeziehende des Bundes erhalten die Einmalzahlung.

➤ **Erwerbsgeminderte im Bestand erhalten ab 2024 höhere Bezüge.**

Für rund drei Millionen Erwerbsgeminderte im Bestand, die von früheren Verbesserungen nicht profitiert haben, haben wir nun spürbare Verbesserungen auf den Weg gebracht: Ab Juli 2024 erhalten sie einen pauschalen Zuschlag von bis zu 7,5 Prozent, der an die individuelle Rentenhöhe anknüpft. Zudem werden die Zuverdienstgrenzen deutlich angehoben.

➤ **Wir haben den Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand weiter flexibilisiert.**

Wer länger arbeiten will, kann dies tun. Bei vorgezogenen Altersrenten ab 63 Jahren wird dies attraktiver, weil wir die Hinzuverdienstgrenzen komplett abgeschafft haben. Die Regelung betrifft u.a. Menschen, die mit 35 Beitragsjahren in Rente gehen, aber die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben.

➤ **Über 100.000 Rentner:innen müssen künftig keine Steuern mehr zahlen.**

Wir haben den Steuerfreibetrag im Rahmen der Entlastungspakete erhöht. Das führt dazu, dass 2023 unter dem Strich 108.000 Rentner:innen keine Steuern mehr zahlen müssen. Das entlastet besonders kleine und mittlere Einkommen im Alter. Zudem sind Rentenbeiträge ab 2023 vollständig von der Steuer absetzbar.

### **Was setzen wir mit dem jetzigen Rentenpaket II um?**

➤ **Wir stabilisieren das Rentenniveau langfristig bei mindestens 48 Prozent.**

Das Rentenniveau gibt – vereinfacht gesagt – an, wie sich im Zeitverlauf die Renten im Verhältnis zu den Löhnen entwickeln. Um die Rente für kommende Generationen verlässlich zu halten, stabilisieren wir das Rentenniveau langfristig auf mindestens 48 Prozent. Im Gesetz ist die Haltelinie gesichert bis 2039 festgeschrieben. Darüber hinaus wird der Gesetzgeber aufgefordert, bis 2035 Maßnahmen vorzulegen, wie das Rentenniveau über 2039 hinaus gesichert werden kann. Zugleich steigen die Rentenbeiträge in dieser Legislaturperiode nicht über 20 Prozent. Das gibt Beschäftigten Sicherheit für ihre Altersvorsorge.

#### **Was ist das Rentenniveau?**

Das Rentenniveau ist ein statistischer Wert, der das Verhältnis zwischen Löhnen und Altersbezügen angibt und damit ein guter Indikator für die Leistungsfähigkeit des Rentensystems ist. Genauer gesagt: Das Verhältnis einer sogenannten Standardrente zum aktuellen Durchschnittsverdienst. Eine Standardrente ist die Rente, die jemand erhalten würde, der 45 Jahre lang bei einem durchschnittlichen Einkommen in die Rentenkasse eingezahlt hat. Über die tatsächliche Höhe einer individuellen Rente sagt das Rentenniveau also nichts aus. Das Rentenniveau wird als Netto-Wert vor Steuern angegeben, also nach Abzug der durchschnittlichen Sozialabgaben, aber ohne Berücksichtigung von Steuern. Wenn das Rentenniveau absinkt, bedeutet das nicht, dass die Brutto-Renten sinken, sondern nur, dass die Standardrente langsamer gestiegen ist als der Durchschnittsverdienst.

➤ **Wir schaffen ein Generationenkapital in Höhe von (zunächst) 12 Milliarden Euro.**

Die Rente bleibt stabil und wird nicht verzockt. Um dem demografischen Wandel langfristig entgegenzuwirken und steigende Beiträge abzumildern, schaffen wir ein Generationenkapital als weiteren Stabilitätsfaktor. Dieser staatlich verwaltete Fonds wird 2024 zunächst mit einem schuldenregelneutralen Darlehen des Bundes in Höhe von 12 Milliarden Euro ausgestattet und jährlich aufgestockt. Bis Mitte bzw. Ende der 2030er Jahre soll dann – inklusive Zins und Zinseszins – ein dreistelliger Milliardenbetrag erreicht werden. Die daraus erwirtschaftete Rendite wird dann in die Rentenversicherung fließen, um die Rentenbeiträge in den 2030er Jahren zu stabilisieren.